

Ist der Kranich tot?

Thomas Roithner

Zweieinhalb Jahre war Sadako Sasaki alt, als vor 70 Jahren die erste Atombombe über der japanischen Stadt Hiroshima detonierte. Fast 10 Jahre später erkrankte sie aufgrund der Folgen des Atombombenabwurfs an Leukämie. Wer nach einem alten japanischen Glauben 1000 Kraniche faltet, darf auf die Erfüllung eines Wunsches hoffen. Gesundheit. Sadako hatte bis zu ihrem Tod im Oktober 1956 viele kunst- und liebevolle Kraniche gefaltet.

Nuklearwaffenpotenziale

Insgesamt verweist das Stockholm International Peace Research Institute ([SIPRI](#)) auf neun Nuklearmächte. Die „Offiziellen“ – jene im Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT) genannten Länder – und „Inoffiziellen“ erreichen heute eine Anzahl von rund 16 350 Sprengköpfen. Gegen Ende des Kalten Krieges belief sich das Gesamtinventar auf knapp 60 000 Stück.

Weltweite Nuklearmächte 2014

WELTWEITE NUKLEARMÄCHTE 2014			
Land	einsetzbare Sprengköpfe	andere Sprengköpfe	gesamtes Inventar
USA	2 100	5 200	~7 300
Russland	~1 600	~6 700	~8 500
Großbritannien	160	~65	~225
Frankreich	~290	~10	~300
China	–	~250	~250
Indien	–	90–110	90–110
Pakistan	–	100–120	100–120
Israel	–	~80	~80
Nordkorea	6–8
gesamt	~4 150	~12 200	~16 350

Alle Werte beruhen auf Schätzungen, Stand Januar 2014.

SIPRI Yearbook 2014
Deutsche Fassung

sipri **FRIEDRICH EBERT STIFTUNG** Berghof Foundation

Bild: SIPRI Yearbook 2014, Deutsche Fassung

Was rechtfertigt Atomwaffen heute?

Das Militärbündnis [NATO](#) verfügt über eine Nukleardoktrin, die „Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Mischung aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten“ betreibt. Als diesbezügliche Hauptakteure fungieren die NATO-Atomkräfte USA, Großbritannien und Frankreich. Andere NATO-Staaten leisten Beiträge in Form der so genannten „nuklearen Teilhabe“. Das bedeutet beispielsweise auch eine Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland. Der [Deutsche Bundestag](#) hatte sich im März 2010 auf Initiative von Außenminister Guido Westerwelle mit breiter Mehrheit für den Abzug von US-Atomwaffen aus Deutschland ausgesprochen. Doch nach dem [NATO-Gipfel in Chicago](#) 2012 werden diese Waffen nicht in Deutschland nur belassen, sondern sogar modernisiert. Berlin hatte erhöhten Erklärungsbedarf. Das blieb nicht ohne Signalwirkung für Moskau.

Wie die USA argumentiert der gesamte Militärpakt NATO in der Strategie 2010, dass man sich auf die Schaffung von Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen verpflichtet, diese Massenvernichtungswaffen jedoch behält, solange es sie gibt. In der Europäischen Union appellieren die Nuklearwaffenstaaten Frankreich und Großbritannien an die transatlantische Verbundenheit und sorgen dafür, dass die Friedensnobelpreisträgerin EU – vornehm ausgedrückt – nicht als Vorreiter für atomare Abrüstung auftritt. Gemeinsam ist den Friedensnobelpreisträgerinnen EU und Barack Obama, dass sie nukleare Abrüstung lauthals von anderen einfordern ohne sich selbst zu bewegen. Bündnisloyalitäten erweisen sich hierbei als signifikant abrüstungsfeindlich. Die meisten Staaten der Welt, die sich gegen ein Verbot von Nuklearwaffen aussprechen, sind Mitgliedstaaten der EU und der NATO, so eine [Aufstellung](#) der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN).

Ein in der militärischen Abschreckungslogik verhaftetes Argument besagt, dass ein Staat mit einem Atompotenzial weniger leichtfertig angegriffen wird. Der Angreifer hat Vergeltung zu befürchten. Bei Staaten, die internationalen Abkommen und dem Völkerrecht eher misstrauen, die ihre nationale Sicherheit gefährdet sehen und die in Folge immer mehr Macht anhäufen, spricht die Theorie von einem so genannten Sicherheitsdilemma. Nicht nur im Kalten Krieg kann diese Art des Sicherheitsdenkens eine Rüstungsspirale befördern. Chinas nukleares Arsenal ist (noch) von einer Nichteinsatzstrategie geprägt.

Für einen Diktator ist eine Kernwaffe die Garantie, nicht von außen militärisch aus dem Palast gejagt zu werden. „Schurken“ ohne Atompotenzial – Muammar al-Gaddafi oder Saddam Hussein ist ein irdisches Ärgern nicht mehr vergönnt – blicken wohl etwas neidisch auf den anderen Teil von George W. Bushs „Achse des Bösen“: Nordkorea und Iran. Der unberechenbarere Teil der Achse blieb von einem regime change verschont. Nichtstaatliche Akteure, die in Besitz von Atomwaffen oder zumindest einer schmutzigen Bombe

geraten wollen, sind die „wild card“ in den internationalen Beziehungen und stellen das Völkerrecht als Staatenverkehrsrecht vor schier unlösbare Herausforderungen.

Abrüstungsgedanke

Rüstungskontrolle zielt darauf ab, künftige Kriege zu verhindern. Die entsprechenden Maßnahmen versuchen die Schaffung, die Verbreitung sowie die Verwendung von militärischen Instrumenten zu unterbinden sowie die Bedingungen und Umstände von bewaffneten Auseinandersetzungen zu berücksichtigen. Vollständige Abrüstung bedeutet im Grunde den gänzlichen Verzicht auf sämtliche militärische Fähigkeiten. Die Architektur zur Rüstungskontrolle und Abrüstung ist komplex. Dabei geht es nicht nur um die Verhinderung eines globalen Atomkrieges, sondern auch um die Unterbindung eines regionalen atomaren Schlages mit so genannten „Mini-Nukes“.

Abrüstungsverträge

Heute haben 191 Staaten den Nichtweiterverbreitungsvertrag (Nonproliferation Treaty [NPT](#)) unterzeichnet. Der 1970 in Kraft getretene Vertrag will den Zugriff zu Nuklearwaffen erschweren. Diese Waffen dürfen nicht weitergeben, gebaut oder erworben werden (Artikel I und II). Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) in der Wiener UNO-City kontrolliert dies. Erlaubt ist, Kernenergie „friedlich“ zu Energiegewinnung zu verwenden und zu erforschen. Allerdings bilden die zivile und die militärische Nutzung der Nuklearenergie zwei Seiten der Medaille ab. Nach Artikel VI des NPT-Vertrages verpflichten sich die Kernwaffenstaaten „in redlicher Absicht“ Verhandlungen zur vollständigen Abrüstung zu führen. Die Nuklearwaffenstaaten sind dieser Verpflichtung bislang nicht nachgekommen.

Während die Kernwaffenstaaten Maßnahmen zur Nichtweiterverbreitung einfordern und anderen Staaten die militärische Technologie aus guten Gründen vorenthalten, fordert die breite Mehrheit der Staatengemeinschaft aus einem ebenso guten Grund einen rechtlichen Rahmen für Abrüstung der Atombombenmächte. Der NPT ist der einzige multilaterale Vertrag, der eine gänzliche Abrüstung festschreibt. Die diesbezüglichen Fortschritte werden alle 5 Jahre überprüft – jüngst 2015 leider ohne Erfolg.

Ähnlich wie beim NPT weisen auch andere Abkommen zur nuklearen Rüstungskontrolle keine Fortschritte auf. Das Umfassende Nukleare Teststoppabkommen ([CTBT](#)) mit seinen beeindruckenden Verifikationsmöglichkeiten wird auf absehbare Zeit nicht in Kraft treten – 8 Staaten haben noch nicht ratifiziert – und gearbeitet wird daher als so genannte Preparatory Commission in Wien. Auch beim Vertrag über spaltbares Material dreht sich die Debatte im Kreis.

Im Jahr 1987 wurde der [INF-Vertrag](#) (Intermediate Range Nuclear Forces) ratifiziert. Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometer sollen beseitigt werden. Bei dem 1991 umgesetzten und unbegrenzt gültigen Vertrag

werfen sich Ost und West immer wieder vor, gegen diesen zu verstoßen. Russland sieht im US-Raketenabwehrprogramm einen Bruch des INF-Vertrages. Um strategische Nuklearwaffen zu begrenzen und abzubauen – dies ist ein Lichtblick in der Abrüstungsarchitektur –, wurde 2010 das bis 2020 gültige [New START](#) (Strategic Arms Reduction Treaty) zwischen Moskau und Washington unterzeichnet. START I wurde bereits 1982 initiiert.

Rüstungsspirale

Die USA werden nach Planungen in den nächsten drei Dekaden eine Billion US-Dollar für Erhalt und Modernisierung ihres atomaren Potenzials ausgeben, so das [James Martin Center for Nonproliferation Studies](#). Damit wird der Fortbestand dieser Waffen für eine lange Dauer festgeschrieben. Das in Prag im Jahr 2009 von US-Präsident Barack Obama angekündigte [global zero](#) – gemeint war die vollständige Abrüstung aller Atomwaffen – hat einen beunruhigenden Wandel erfahren: Null Fortschritt bei der eigenen Abrüstung der Nuklearkapazitäten.

Durch die Wiener Vereinbarungen hat sich der Iran verpflichtet, sein Atomprogramm Beschränkungen und einer Verifikation zu unterwerfen. Selbstverständlich ist die Festlegung keine für alle Zukunft gesicherte Garantie, dass der Iran keine Nuklearwaffen entwickeln wird. Ein Vorgehen in Etappen hat in anderen Fällen der Rüstungskontrolle – beispielsweise bei der Konvention über Anti-Personen-Minen oder dem Chemiewaffenübereinkommen – Erfolge entstehen lassen. Das Abkommen bietet nun die Chance, auf die offiziellen Atomwaffenstaaten weiteren Druck in Richtung Abrüstung aufzubauen. Österreich hat genau diese Chance gut genutzt.

Russland wiederum sieht Atomwaffen als ein Symbol einer Weltmacht und als Drohgebärde. Das überreizte Verhältnis zwischen Russland und den transatlantischen Akteuren (USA, EU, NATO) hat eine Reihe von Ursachen und Dynamiken, die auch mit Fragen der Rüstungskontrolle verbunden sind. Dazu zählt beispielsweise die Außerkraftsetzung des [ABM-Vertrages](#) (Anti-Ballistic Missile Treaty) durch die USA aufgrund des Raketenabwehrprogramms, die Osterweiterung der NATO und die damit im Zusammenhang stehenden Truppenstationierungen in Osteuropa ([Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa](#)). Dass Wladimir Putin nach eigenen Angaben zum Einsatz von Nuklearwaffen bereit gewesen wäre, falls der Westen eine Militärintervention auf der Krim lanciert hätte, wurde in Fachkreisen unterschiedlich eingeschätzt. Der Ton trug jedenfalls zu stärkerem Misstrauen bei. Die vergleichsweise schwächeren konventionellen Waffengattungen Russlands bieten nur in Teilen eine Erklärung.

Präsident Putin hat im Juni die Indienststellung von 40 atomar bestückten Interkontinentalraketen angekündigt. Dies bettet sich in eine seit 2008 laufende Militärreform und Erneuerung von nuklearen Potenzialen ein. Gerade in diesem Fall ist die Ankündigung nicht neu und lässt erheblichen

Interpretationsspielraum, der medial für zusätzliche Dämonisierung der einen oder anderen Seite sorgt. Mit der Planung, russische Atomwaffen auf der Krim und in Kaliningrad zu stationieren, konnte das Eskalationspotenzial – als Antwort auf das US-Raketenschild – noch gesteigert werden. Aufgrund des Abschlusses der Verhandlungen mit dem Iran interpretiert Russland als Schild als Bedrohung seiner Sicherheit. Die USA schließen – wieder als Reaktion auf Russland – die nukleare Karte explizit mit ein, wenn sie den baltischen Staaten ihren militärischen Beistand bekräftigen. Sowohl in Ost wie West sind Teile der rhetorischen und militärischen Aufmärsche ein Signal an die eigene Bevölkerung und daher mit Besonnenheit zu interpretieren.

Eine durch die globalen ökonomischen Machtübergänge auf nationale Interessen fokussierte internationale Ordnung lässt Vertrauen in wirksame bi- und multilaterale Abkommen – wie beispielsweise Rüstungskontrollabkommen – erodieren. Auch wenn sich die Akteure zu bestehenden Abkommen bekennen, so wird der Versuch der Umgehung bestehender Verträge attraktiver oder der Abschluss neuer Vereinbarungen erschwert. So erklärte Moskau, sich im Jahr 2016 nicht mehr an den Gesprächen über Nuklearsicherheit teilzunehmen. Die Schließung von Gesprächskanälen kann rascher in eine übereilte Reaktion oder eine Fehlinterpretation münden.

Was tut Österreich?

Die Bundesregierung hat sich gemäß ihrem Programm vorgenommen, „weitere Initiativen zur Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nicht-Weiterverbreitung“ zu setzen. Auf der Agenda steht auch das „Eintreten für eine nuklearwaffenfreie Welt und Ächtung der Atomwaffen“. Die Bundesregierung unterstützt „atomwaffenfreie Zonen im Nahen und Mittleren Osten und auch in Europa“. Gerade mit dem Blick auf den Iran stellt Bischof Michael Bünker anlässlich des [Hiroshima-Gedanktages 2015](#) in Wien fest: „Atomwaffen sind mit den Werten der christlichen, jüdischen, muslimischen und buddhistischen Glaubensstraditionen unvereinbar.“

Eine globale Initiative von Staaten rückt seit 2010 die humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes ins Zentrum ihrer Überlegungen. Nach Oslo und Nayarit fand die dritte vielbeachtete Konferenz im Dezember 2014 in Wien statt. „Je mehr sich die internationale Gemeinschaft mit den Auswirkungen und Risiken von Kernwaffen auseinandersetzt, desto stärker wird das Argument zur Beseitigung dieser Waffen“, so Bundespräsident [Heinz Fischer](#). Ein Ergebnis der Wiener Konferenz war der „[Humanitarian Pledge](#)“, der sich umfassend für die Ächtung, das Verbot und die Eliminierung von Nuklearwaffen einsetzt. Dies steht im Einklang mit dem Artikel VI des NPT, der eine vollständige Abrüstung aller Atomwaffen einfordert. Mit dem Stand vom 21. Juli 2015 haben [113 Staaten](#) ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht. Von den NATO- und EU-Staaten haben bislang nur Malta, Zypern und Irland dem „Humanitarian Pledge“ eine Unterstützung zugesagt.

Bei Abrüstung über Atomwaffen hinausdenken

Neben Katastrophen in Kernkraftwerken – wie Kardinal Christoph Schönborn in seiner Grußbotschaft zum [Hiroshima-Gedenktag 2015](#) ausdrückt – ist das Lagerungsproblem von strahlendem Material ungelöst. Auch das für „zivile“ Zwecke benötigte Uran ist kein unbegrenzt natürlich vorhandener Rohstoff. Uranmunition hat in zahlreichen Kriegsgebieten wie Afghanistan, Bosnien, Kosovo oder Irak schwerwiegendste Langzeitfolgen.

Bei der wichtigen Debatte um die Ächtung von Atomwaffen als Massenvernichtungswaffen darf eines nicht vergessen werden: nach Schätzungen von amnesty international ([ai](#)) sterben täglich rund 1000 Menschen durch Kleinwaffen. Sie entwickeln sich zu einer Massenvernichtungswaffe. Auf etwa gleicher Augenhöhe mit Russland und den USA exportieren die EU-Staaten konventionelle Waffen in alle Welt. Sowohl im atomaren als auch im konventionellen Bereich hat die EU bei der Abrüstung noch einen weiten Weg zu einer Friedensmacht zurückzulegen.

Quelle:

Roithner Thomas: Ist der Kranich tot? Rüstungsspiralen und Abrüstungsperspektiven, in: Neue Zürcher Zeitung, Österreich, nzz.at, <https://nzz.at/club/der-kranich-ist-tot> (direkt anwählbar mit <https://nzz.at/s/UJUXV-tzsB>), 4. August 2015, Wien 2015.



Thomas Roithner, NZZ-Autor

Thomas Roithner ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Friedensforscher und Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Das gebürtige Stahlstadtkind lebt in Wien und forscht zur Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Militär- und Friedenspolitik Österreichs und der EU.

www.thomasroithner.at, www.nzz.at